Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—. halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos. München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck - Konto: München 3987

Nr. 25 **München, 19. Juni 1931** **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Juni	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	21	6	
Montag	22	7	
Dienstag	23	8	
Mittwoch	24	9	
Donnerst.	25	10	
Freitag	26	11	
Samstag	27	12	חקת בלק הפטרה והיה שארית (Micha 5, 6—14. 6, 1—8) פרק ד' ה' ו' (P. R. 'פרק ה)

Jungzionistischer Arbeitskreis München

Mittwoch, 24. Juni 1931, abends 8.30 Uhr,

im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1

Ausspracheabend

über

Jüdische Kultur in Deutschland

Referent: Heinrich Lamm

Beteiligung von Gästen herzlich erwünscht

Das Jüdische Echo

Nummer 25 | 19. Juni 1931 | 18. Jahrgang

Tagung des Initiativkomitees der Jewish Agency und des Keren Hajessod für Deutschland

Imposante Kundgebung für den Palästinaaufbau — Große Rede Oskar Wassermanns

Berlin, 15. Juni. (JTA.) Die am Sonntag, dem 14. Juni im Logenhaus zu Berlin abgehaltene gemeinschaftliche Tagung des Initiativkomitees der Jewish Agency für Deutschland und der Mitarbeiter des Keren Hajessod gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Gedanken des Palästinaaufbaus. Etwa 150 aktiv an der Palästinaarbeit in Deutschland beteiligte Persönlichkeiten, unter ihnen eine Reihe der repräsentativsten Figuren des deutschen Judentums, hatten sich eingefunden, um die Berichte der Referenten über die Arbeit des Keren Hajessod und des Initiativkomitees der Jewish Agency in Deutschland, sowie über den gegenwärtigen Stand des Aufbauwerkes in Palästina und die wirtschaftlichen Probleme dieses Landes entgegenzunehmen und über Mittel und Wege für eine wirksame Fortsetzung des Palästinawerkes zu beraten. An der vom Präsidenten des Initiativkomitees des deutschen Keren Hajessod Direktor Oscar Wassermann geleiteten Versammlung nahmen seitens der Exekutive der Jewish Agency Dr. Bernhard Kahn und Dr. Arthur Ruppin, ferner der Direktor des Keren Hajessod Dr. Arthur Hantke teil. Unter den Anwesenden bemerkte man noch die Herren Rabbiner Dr. Baeck, Generalkonsul Eugen Landau, Legationsrat Prof. Dr. M. Sobernheim, Stadtkämmerer Bruno Asch, Prof. Georg Bernhard, Kurt Blumenfeld, S. Schokken, Direktor Georg Kareski, Rabbiner Dr. Unna (Mannheim) Rabbiner Bleichrode, Rabbiner Dr. Weiße, Leo Simon, Alfred Leonhard Tietz, Ministerialdirektor Dr. Hermann Badt, Dr. Siegfried Moses, Dr. Martin Rosenblüth, Siegfried Hirsch, Dr. Seligsohn Alfred Berger, Frau Lola Hahn-Warburg, Dr. Berlak, Direktor Wolff (Ludwigshafen), R.-A. Frank (Nürnberg), Dr. Nahum Goldmann, Dr. Eduard Strauß (Frankfurt a. M.), Dr. M. Soloweitschik, Dr. Georg Halpern, Dr. Friedrich Brodnitz, R.-A. Felsenthal (Düsseldorf), R.-A. Witkowski (Stettin), Schönfeld (Röthen), R.-A. Hirschberg (Frankfurt a. d. Oder) und viele andere.

Direktor Oscar Wassermann gedachte zu Beginn seiner Eröffnungsansprache der während der Berichtsperiode verstorbenen Mitglieder des Präsidiums des deutschen Keren Hajessod Prof. Dr. Carl Lewin (Berlin), Kommerzienrat Albert Moos (Stuttgart) und Fritz Sondheimer (Frankfurt a. M.), sowie der verstorbenen Mitglieder des Initiativkomitees der Jewish Agency Kommerzienrat Gerson Simon (Berlin), Simon Schocken (Zwickau), Prof. Dr. Ludwig Stein (Berlin), Kammergerichtsrat Dr. Jacques Stern (Berlin) und Otto Tuchmann (Magdeburg). Der Nachruf Direktor Wassermanns wurde von der Versammlung stehend angehört.

In dem nun folgenden Überblick über die Entwicklung der Palästinaarbeit in den letzten zwei Jahren verwies Direktor Wassermann auf die außergewöhnlichen Schwierigkeiten, denen das Palästinawerk in dieser Zeit infolge der Augustunruhen, der nachfolgenden politischen Entwicklung, des Todes hervorragender Führer und Förderer der Palästinasache und durch den Eintritt der Weltwirtschaftskrise begegnete. Gerade im Hinblick auf diese Schwierigkeiten müsse jede Anstrengung gemacht werden, um nunmehr die Herzen aller Juden für das Palästinawerk zu gewinnen. Habe man früher stets in erster Linie das Werk selbst und erst in zweiter Reihe die Menschen berücksichtigt, deren Schicksal mit diesem Werk verknüpft ist, so müsse jetzt vor allem die Sorge für die Wohlfahrt der bereits in Palästina lebenden jüdischen Bevölkerung und das Schicksal der nach Palästina strebenden Massen, die in dieser Zeit der Wirtschaftsnot in ihren gegenwärtigen Wohnländern von ihren Brüdern wirtschaftlich nicht durchgehalten werden können, ins Auge gefaßt werden. Aus diesem Grunde müsse der Palästinaaufbau, obwohl er an sich eine zeitlose Aufgabe des Judentums ist, auch in dieser Zeit der Wirtschaftsnot mit aller Energie fortgesetzt werden.

Der Fortgang der Arbeit für Keren Hajessod und Jewish Agency in Deutschland könne dem bereits in der Zeitschrift „Unser Werk“ erschienenen Bericht entnommen werden. Infolge des Anhaltens der Wirtschaftskrise ist eine rückläufige Bewegung der Eingänge für den Keren Hajessod eingetreten. Auch haben Sammlungen und Aktionen für palästinensische Einzelinstitutionen der Keren-Hajessod-Arbeit Abbruch getan. Doch konnte anderseits durch Herabsetzung der Ausgaben für Propaganda und Organisation in den ersten acht Monaten des laufenden Rechnungsjahres eine Verringerung der Spesen um 24 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des vorigen Rechnungsjahres erzielt werden. Die Werbearbeit der lokalen Komitees und Vertrauensleute wurde durch die Mitglieder der Exekutive der Jewish Agency, der Exekutive der Zionistischen Organisation und des Keren-Hajessod-Direktoriums wesentlich unterstützt. Bsonderer Dank gebührt Herrn und Frau Vandervelde, den Herren Dr. Schmarja Levin, Felix Warburg, Dr. Adolf Friedemann, Dr. Alexander Goldstein, Frau Anita Müller-Cohen und Frau Dr. Klompus, die aus dem Auslande gekommen waren, um im Rahmen der Werbearbeit des deutschen Keren Hajessod für die Palästinasache zu wirken. Die von Dr. Friedrich Brodnitz und Dr. Georg Landauer geleitete Zeitschrift „Unser Werk“, in der neben ständigen Berichten über die politische und wirtschaftliche Situation des Palästinawerkes und über die Arbeit in Deutschland die wichtigsten Arbeitsgebiete des palästinensischen Kolonisationswerkes systematisch behandelt

wurden, wurde allen Keren-Hajessod-Zahlern regelmäßig zugestellt. Neben den regulären Beiträgen und Spenden flossen in der Berichtsperiode dem Keren Hajessod 15 000 Mark aus der Hinterlassenschaft des verstorbenen Palästinafreundes Salomon Hepner und 2500 Mark aus einer anläßlich des 60. Geburtstages von Dr. Julius Moses (Mannheim) durchgeführten Sammlung für das mikrobiologische Institut der Hebräischen Universität in Jerusalem zu. Eine Anzahl jüdischer Gemeinden Deutschlands hat aus ihrem Etat Beiträge für den Keren Hajessod bewilligt.

Das Deutsche Komitee Pro Palästina hat durch Veranstaltung von Vortragsabenden und Kundgebungen den Gedanken des jüdischen Palästinaaufbaus in die große deutsche Öffentlichkeit getragen. Das Auswärtige Amt hat auch in diesem Jahre die Jahresversammlung des Deutschen Komitees Pro Palästina zum Anlaß genommen, um in einem an Graf Bernstorff gerichteten Brief des Staatssekretärs von Bülow die Sympathien der deutschen Reichsregierung für das jüdische Palästinawerk zum Ausdruck zu bringen. In das Präsidium des deutschen Keren Hajessod wurden im Laufe der Berichtsperiode durch einstimmigen Beschluß die Herren Dr. Friedrich Brodnitz und Leo Simon kooptiert.

Zum Schluß seiner Ansprache gab Direktor Wassermann der Hoffnung auf eine weitere erfolgreiche Kooperation von Zionisten und Nichtzionisten innerhalb der Jewish Agency im Dienst des Palästinaaufbaus Ausdruck. Allerdings könnte, falls innerhalb einer der beiden Komponenten der Jewish Agency radikale Strömungen die Oberhand gewinnen sollten, durch Verschiebung der Grundlagen, auf denen das Züricher Abkommen beruht, diese Kooperation schwieriger werden.

Dr. Hantke über die Situation in Palästina und die Arbeit des Keren Hajessod

Mit lebhaftem Beifall begrüßt, ergriff sodann der Direktor des Keren Hajessod Dr. Arthur Hantke das Wort zu seinem Referat „Die Situation in Palästina und die Arbeit des Keren Hajessod“. Der Redner wies darauf hin, daß auf der jüdischen Bevölkerung Palästinas ein doppelter Druck lastet: einerseits die ernste politische Situation, anderseits das angesichts des Rückganges der allgemeinen Sammlungen und der auf private Initiative erfolgenden Investitionen entstandene Gefühl, daß die jüdischen Führer sich nicht überall ihrer Verantwortung gegenüber Palästina bewußt sind. Nach der Meinung der palästinensischen Kreise könnte dieser Rückgang vielleicht durch doppelte Anstrengung überwunden werden. Insbesondere das Schulwerk, das das Mittel zur kulturellen Vereinheitlichung der heterogenen jüdischen Elemente Palästinas darstellt und daher unter dem Gesichtspunkt der Erneuerung des Judentums in Palästina von besonderer Bedeutung ist, müsse erhalten werden. Auch das ökonomische Leben in Palästina sei unter dem Aspekt einer jüdischen Zukunftsaufgabe zu betrachten. Die gegenwärtige Wirtschafstlage in Palästina sei zwar nicht unbefriedigend, im Hinblick auf die künftige Entwicklung aber müsse eine verstärkte Einwanderung gefordert werden, die nur möglich ist durch eine verstärkte Tätigkeit von Keren Hajessod und Keren Kajemeth. Der Keren Hajessod ist der entscheidende Pionierfaktor, durch den eine Privatinitiative überhaupt erst möglich wird.

Der Rückgang in den Einnahmen des Keren Hajessod führte Dr. Hantke weiter aus, ist wohl in erster Reihe auf die Wirtschaftskrise und die Krise in der Leitung der Zionistischen Organisation der Vereinigten Staaten zurückzuführen. Der in den anderen Ländern zu verzeichnende Rückgang von 25 bis 30 Prozent stellt eigentlich eine normale Erscheinung dar, er entspricht der durchschnittlichen Einkommensverringerung. Im Hinblick auf diese Verringerung der Einnahmen wird die Übernahme des Schulwerks und der sanitären Einrichtungen der Jewish Agency durch den Jischuw erwogen. Einer solchen Übernahme stehen aber vor allem in Jerusalem, wo ein Drittel der palästinensischen Juden wohnt, infolge des Fehlens einer einheitlichen Stadtgemeinde Schwierigkeiten entgegen. Auf der anderen Seite ist damit zu rechnen, daß auf absehbare Zeit hinaus die bisherigen Spender nur noch in der Lage sein werden, etwa zwei Drittel ihrer bisherigen Beiträge für den Keren Hajessod aufzubringen. Der Ausfall müsse durch Heranziehung der noch vorhandenen Menschenreserven wettgemacht werden. Wichtig sei die Wahrung des Grundsatzes, daß die Beitragshöhe des einzelnen in einem bestimmten Verhältnis zu seinem Vermögen stehen muß und daß die Einheitlichkeit der Sammlung nicht durch eine Spezialisierung in Verwendungszweige gestört werden darf. Schließlich müsse versucht werden, durch Heranziehung freiwilliger Mitarbeit in höherem Ausmaß als bisher eine weitere Reduktion der Unkosten zu ermöglichen.

Referat Dr. Ruppins über Kolonisationsprobleme

Ein großangelegtes Referat über „Wirtschaftliche Probleme in Palästina“ hielt das Mitglied der Exekutive der Jewish Agency Dr. Arthur Ruppin. Er erklärte, aus dem großen Komplex der palästinensischen Wirtschaftsfragen nur das in letzter Zeit im Vordergrund der Diskussion stehende Problem, ob in Palästina für eine Kolonisation großen Stils Platz geschaffen werden könne, herausgreifen und behandeln zu wollen. Der Redner zeigte sodann, wie die unrichtigen Schlüsse Sir John Hope Simpsons bezüglich der Aufnahmefähigkeit Palästinas durch Anwendung der unzulänglichen Methode einer Bodenbegutachtung vom Flugzeug aus und der Mitverwertung der Untersuchungen der Johnson-Kommission zustande gekommen sind und daß sich nach Korrektur der nachweislichen Fehler des Sempson-Berichtes die Richtigkeit der von den jüdischen Kolonisationsfachleuten vorgenommenen Schätzung ergibt, derzufolge in den Ebenen allein ohne Verdrängung der arabischen Landwirte die Ansiedlung von weiteren 55 000 landwirtschaftlichen Familien möglich ist. Das Hauptproblem der palästinensischen Landwirtschaft liegt nicht in einem Mangel an Boden, sondern in seiner besseren Verwertung. Es handle sich vor allem darum, Getreideland in Plantagenland umzuwandeln. Die Orangenkultur bilde im Hinblick darauf, daß der Orangenboden in der ganzen Welt beschränkt ist, den aussichtsreichsten Landwirtschaftszweig in Palästina. Auf Grundlage der Orangenkultur werde auch eine großzügige Ansiedlung von Mittelstandsfamilien möglich sein. Man rechnet damit, daß zur Ansiedlung einer solchen Pflanzerfamilie 850 Pfund erforderlich sind, von denen 400 Pfund von den Siedlern selbst, die restlichen 450 Pfund durch Kredit einer Agrarbank aufgebracht werden sollen. Die Voraussetzung für eine Mittelstandskolonisation bildet allerdings die Pionierarbeit der Chaluzim.

Generaldebatte — Das jüdisch-arabische Problem Wahlen in den Council der Jewish Agency

Die Nachmittagssitzung war einer Aussprache über die Referate und der Vornahme der Wahlen in den Council der Jewish Agency gewidmet. Im

Verlauf der Diskussion wurden die Möglichkeiten einer Verstärkung der Arbeit für den Keren Hajessod in Deutschland erörtert. Zu dieser Frage sprachen u. a. Dr. Wolf (Frankfurt), der organisatorische Vorschläge zur Heranziehung der Juden in den mittleren und kleinen Städten machte, Dr. Strauß, der eine systematische Informationsarbeit der Zentrale in Form von Informationskursen wünschte und Kurt Blumenfeld, der auf die Notwendigkeit der Schaffung einer für die Palästinaarbeit günstigen Atmosphäre als Voraussetzung für eine erfolgreiche Keren-Hajessod-Arbeit hinwies. Politische Fragen, insbesondere das Problem der jüdisch-arabischen Beziehungen, wurden von verschiedenen Rednern, darunter Direktor Oscar Wassermann, der auf die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Juden und Arabern ohne weitgehende Konzessionen und Anbiederungsversuche zu ungeeigneter Zeit hinwies, und Legationsrat Prof. Dr. M. Sobernheim, gestreift und von Prof. Georg Bernhard in längerer Rede behandelt. Prof. Bernhard erklärte, die Juden würden das Recht, für den Pazifismus zu arbeiten, verwirken, wenn es ihnen nicht gelänge, in Palästina eine Einigung mit den Arabern herbeizuführen. In Palästina müsse eine Gemeinschaftspolitik betrieben werden, die darauf abzielt, auch den Arabern Boden zu verschaffen. Innerhalb der Jewish Agency sollten Zionisten und Nichtzionisten nicht versuchen, einander zu bekehren, sondern unter Wahrung der verschiedenen ideologischen Einstellungen gemeinsame Arbeit leisten. Es sei wünschenswert, daß außer der Jewish Agency noch andere Gremien entstehen, in denen Juden verschiedener Auffassung zusammenarbeiten. Rabbiner Dr. Unna und Dr. Wolfsberg sprachen über die Bedeutung der Wahrung der Tradition beim Palästinaaufbau.

In der Diskussion ergriffen noch Dr. Brodnitz, Rabbiner Dr. Baeck, Dr. Gronemann, Alfred Berger, Dr. Felsenthal, Alfred Leonhard Tietz, Dr. Goldmann und Dr. Martin Rosenblüth das Wort. Im Hinblick auf einige Anregungen, die bezüglich einer Reform der organisatorischen Grundlage der Jewish Agency in Deutschland und des Modus der Wahlen in den Council der Jewish Agency gegeben worden waren, wurde eine Kommission, bestehend aus den Herren Rabbiner Dr. Leo Baeck, Dr. Strauß, Dr. Wolf, Dr. Berlak, Dr. Schwarzschild, Kurt Blumenfeld und Dr. Nahum Goldmann gewählt, die diesbezügliche Vorschläge ausarbeiten soll.

Bei der nunmehr folgenden Wahl der Delegierten in den Council der Jewish Agency wurden die bisherigen Mitglieder des Councils Stadtkämmerer Bruno Asch, Rabbiner Dr. Leo Baeck, Justizrat Dr. Blau (Frankfurt), Dr. Bernhard Kahn, Rabbiner Dr. Isak Unna (Mannheim) und Direktor Oscar Wassermann, ferner die Ersatzmitglieder Prof. Georg Bernhard, Dr. Friedrich Brodnitz, Willi Dreyfus, Rabbiner Dr. Hahn (Essen), Jakob Heckscher (Hamburg), Ministerialrat Dr. Otto Hirsch (Stuttgart), Rabbiner Dr. Jakob Horovitz (Frankfurt), Berthold Israel, Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumayer, Leo Simon, Professor Dr. M. Sobernheim, Dr. Albert Sondheimer (Frankfurt), Dr. Ludwig Tietz und Frau Margarete Tietz (Köln), wiedergewählt, sowie Herr R.-A. Dr. Felsenthal (Düsseldorf) neugewählt.

Bemerkungen

Deutsches Recht?

Durch eine kleine Anfrage des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Hamburger im preußischen Landtag wird ein geradezu unglaubliches Urteil der Strafkammer des Landgerichts in Glatz bekannt, das in der Beleidigungsklage eines jüdischen Kaufmanns gegen einen nationalsozialistischen Agitator ergangen ist und wieder einmal beweist, daß in jüdischen Angelegenheiten ein Teil der deutschen Richterschaft offenbar zu Gedankengängen neigt, die wenig mehr mit Recht, um so mehr aber mit Parteileidenschaft zu tun haben.

Der nationalsozialistische Stadtrat Köhler in Glatz hatte als Vorsitzender in einer öffentlichen Wahlversammlung der nationalsozialistischen Partei behauptet, die Zusammenrottung einer lärmenden Menge vor dem Versammlungslokal sei auf Anstiften des Glatzer Kaufmanns Ellguther erfolgt, der „dem Mob 200 RM. gegeben habe, um die nationalsozialistische Versammlung zu sprengen". Das Amtsgericht in Glatz hatte Köhler daraufhin zu 70 RM. Geldstrafe verurteilt, die erwähnte Strafkammer aber das Urteil im Berufungsverfahren aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen.

Aus der Urteilsbegründung geht hervor, daß auch die Strafkammer die Äußerung des Angeklagten als eine üble Nachrede im Sinne des § 186 Str.G.VB. anerkennt. Es heißt darin: „Die von dem Angeklagten verbreitete Tatsache ist auch nicht erweislich wahr. Sein von ihm angetretener Wahrheitsbeweis ist völlig mißglückt. Der Angeklagte war sich auch nach der Überzeugung des Gerichts bei seiner Gewandtheit und politischen Erfahrung des ehrenkränkenden Charakters der von ihm über Ellguther verbreiteten Tatsache bewußt, so daß sämtliche Tatbestandsmerkmale des § 186 Str.G.B. vorliegen." Das Gericht hat dem Angeklagten dennoch für seine Äußerung den Schutz des § 193 Str.G.B. zugebilligt, die Wahrnehmung berechtigter Interessen anerkannt und dazu folgendes in der Urteilsbegründung ausgeführt:

„Unter diesen Umständen konnte der Angeklagte glauben, daß die Versammlungsteilnehmer ein berechtigtes Interesse daran hätten, zu erfahren, wem sie die Angriffe gegen ihre Person und die Belästigung ihrer Versammlung verdanken, und daß er dadurch seiner Partei nützen werde. Als Leiter der Versammlung war daher der Angeklagte derjenige, der dieses Interesse der Versammlungsteilnehmer wahrzunehmen hatte. Außerdem lag die Mitteilung des Gerüchts aber auch im Interesse der Partei des Angeklagten. Als Leiter der Ortsgruppe Glatz der nationalsozialistischen Arbeiterpartei war der Angeklagte berechtigt, die Interessen seiner Partei wahrzunehmen. Diese steht im offenen Kampf gegen alles Jüdische. In diesem Kampfe lieferte der Angeklagte eine neue Waffe, indem er über einen Juden ein Gerücht verbreitete, wonach dieser sich einer schändlichen und strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. Freilich schädigte er durch die Äußerung einen angesehenen jüdischen Kaufmann moralisch und geschäftlich. Letzteres war aber nicht Alleinzweck seiner Äußerung. Es muß daher dahingestellt bleiben, ob der Angeklagte insoweit berechtigte Interessen wahrnahm und nicht der Wahrnehmung dieser Interessen die guten Sitten entgegenstanden. Die guten Sitten standen dem Angeklagten insoweit entgegen, als er im Wahlkampfe — es war die letzte Woche vor der Wahl — seiner Partei neue Anhänger für die bevorstehenden Wahlen zuführen wollte, indem er durch diese Äußerung den Versammlungsteilnehmern vor Augen führte, wie berechtigt und begründet der von seiner Partei gegen das Judentum geführte Kampf sei. Das war der Hauptzweck seiner Äußerung. Nicht aber war es Hauptzweck, den Privatkläger lediglich herabzuwürdigen. Die Kundgabe des Gerüchts, an das er glaubte, entsprach daher den berechtigten Interessen der Partei des Angeklag-

ten, zu deren Wahrnehmung er als Ortsgruppenvertreter befugt war. Hinzu kommt, daß er in der Wahlversammlung die Versammlung leitete und als solcher die Wahlinteressen seiner Partei wahrnehmen konnte. Seine Äußerung war subjektiv und objektiv geeignet, den Interessen seiner Partei zu dienen. Dies wollte der Angeklagte nach der Überzeugung des Gerichts und hierzu war er seiner Stellung in der Partei nach berechtigt. Dem Angeklagten war daher der Schutz des § 193 Str.G.B. zuzubilligen. Er hat sich mithin durch die von ihm über den Privatkläger verbreitete, nicht erweislich wahre, ehrenkränkende Tatsache nicht strafbar gemacht."

Dem juristisch unverbildeten Laien will es so scheinen, als ob nach den Rechtsauffassungen dieses Urteils die Verbreitung von Verleumdungen grundsätzlich für straffrei erklärt sei. Oder gilt dieses Prinzip nur für Nationalsozialisten? Und nur gegen Juden?

Dieses Urteil ist ein Symptom für den deutschen Geisteszustand der Gegenwart und das Ungeheuerliche daran ist nicht, daß irgendein Mensch und sei er auch ein Richter, so denkt, sondern daß solche Grundsätze im Namen des Rechts verkündet werden können und daß wahrscheinlich diejenigen, die dies tun, dabei noch ein reines Gewissen haben. „Juden sind vogelfrei"; das scheint eben deutsches Recht zwar nicht zu sein, aber mehr und mehr zu werden.

Friede an der Klagemauer

Die internationale Klagemauerkommission, bestehend aus den Herren Loefgren, Barde und Van Kempen, die auf Vorschlag der englischen Regierung vom Völkerbund nach Palästina entsandt worden war, um den Status an der Klagemauer festzustellen, hat ihren Bericht erstattet. An anderer Stelle geben wir einen Auszug aus dem 75 Seiten langen Dokument, dem inzwischen durch eine Proklamation des High Commissioners bereits Gesetzeskraft verliehen wurde.

Die Lösung, die die Kommission für die strittigen Fragen gefunden hat, ist eine Mittellösung; sie gibt beiden Teilen Recht und Unrecht. Sie erkennt das Eigentumsrecht der Moslems an der Klagemauer an, stellt aber fest, daß die Juden das Recht haben, dort Gottesdienst zu halten. Jedoch bestreitet sie, daß dieses Recht soweit gehe, auch die Form der Gottesdienste zu bestimmen und so verbietet sie das Schofarblasen, gestattet die Aufstellung einer Thoralade nur an bestimmten Feiertagen, untersagt überhaupt Aufstellung von Stühlen und Geräten. Den Moslems wird die Abhaltung der lärmenden Zikr-Zeremonie in der der Klagemauer unmittelbar benachbarten Moschee während der jüdischen Gebetsstunden untersagt. Die Vornahme baulicher Veränderungen innerhalb des Horam-Bezirks, durch die die Juden am freien Zugang zur Klagemauer verhindert werden können, ist verboten; mit der Erhaltung der Mauer wird die Palästinaverwaltung betraut.

Die jüdischen Wünsche sind keineswegs restlos befriedigt worden. Im besonderen hat es Unzufriedenheit erregt, daß das Schofarblasen nicht erlaubt und die Abhaltung von Gottesdiensten durch das Verbot der Aufstellung von Stühlen und Geräten erschwert wurde. Trotzdem haben sich die maßgebenden jüdischen Körperschaften Palästinas, Jewish Agency, Waad Leumi, Agudas Jisroel und Oberrabbinat entschlossen, die Entscheidung der Klagemauerkommission anzunehmen.

Über die Haltung der Araber liegen Nachrichten noch nicht vor; immerhin ist auch durch die Verhandlungen vor der Kommission, der Beweis unzweideutig erbracht, daß nicht die Juden es sind, die den jetzt und hoffentlich für immer geschaffenen Frieden an der Klagemauer stören wollen. Die Klagemauer war lange Zeit ein Zankapfel und hat den Stoff für alle möglichen Konflikte, religiöser, politischer, privatrechtlicher und öffentlicher Art abgegeben und sie ist zweifellos hierzu aufs beste vom Groß-Mufti verwertet worden. Vielleicht bewirkt dieser Bericht, daß wenigstens religiöse Konflikte nicht mehr künstlich erzeugt werden können; dann wäre er ein verheißungsvolles Vorzeichen für die endgültige Befriedigung Palästinas.

Der Spruch der Klagemauerkommission

Genaue Regelung des Andachtsrechtes der Juden vor der Klagemauer

London, 9. Juni. (JTA.) Der am 8. Juni veröffentlichte Bericht der Klagemauerkommission enthält eine genaue Beschreibung der Klagemauer und ihrer Umgebung sowie einen geschichtlichen Überblick, in dem nachgewiesen wird, daß die Juden von den ältesten Zeiten an an den Überresten des Tempels Gebete zu verrichten pflegten. Nach einer ausführlichen Darstellung der vor der Kommission von jüdischer und arabischer Seite vorgebrachten Ansprüche bezüglich der Klagemauer werden die Ansichten und Schlüsse, zu denen die Kommission gelangt ist, in sechs Kapiteln wiedergegeben und zum Schlusse folgendermaßen kurz zusammengefaßt:

A. Den Moslems steht das alleinige Eigentumsrecht auf die Westmauer (Klagemauer) im Hinblick darauf zu, daß sie einen integrierenden Teil des Haram-esch-Scherif-Gebietes, das Wakfeigentum ist, bildet.

Eigentum der Moslems ist auch der gepflasterte Platz vor der Mauer und das anschließende sogenannteMoghrabi (marokkanische) Viertel, um so mehr, als der letzterwähnte Besitz unter dem mohammedanischen Schariagesetz Wakfeigentum wurde und wohltätigen Zwecken gewidmet worden ist.

Aus der den Juden auf Grund des vorliegenden Verdikts oder eines eventuellen Abkommens zwischen den Partein zustehenden Berechtigung zur Aufstellung von Kultgeräten oder anderen Gegenständen an der Mauer darf keinesfalls irgendein Eigentumsrecht an der Mauer oder an dem angrenzenden Platz abgeleitet werden.

Anderseits sollen die Mohammedaner verpflichtet sein, innerhalb des an die Mauer angrenzenden Wakfgebietes (Haram-Gebiet und Moghrabi-Viertel) keine Gebäude zu errichten oder zu demolieren oder Reparaturen an solchen Gebäuden in solcher Weise vorzunehmen, daß sich diese Arbeiten auf den Platz vor der Klagemauer erstrecken, den Zugang der Juden zur Mauer hindern oder die Juden wärend des Betens vor der Mauer stören, wenn dies irgendwie vermieden werden kann.

B. Die Juden sollen jederzeit zu Andachtszwecken freien Zugang zur Mauer unter folgenden Bedingungen besitzen:

1. Die von der Palästinaverwaltung Ende September 1929 erlassenen zeitweiligen Verordnungen bezüglich „gottesdienstlicher Geräte" werden in definitive Verordnungen umgewandelt und nur insofern modifiziert, als es zulässig sein soll, vor der Mauer einen die Thorarollen enthaltenden Thoraschrein, einen Tisch, auf dem der Schrein steht, und ein Pult, auf das die Thorarolle bei der Vorlesung gelegt wird, aufzustellen, jedoch nur bei folgenden Gelegenheiten:

a) Anläßlich außerordentlicher Fasttage oder öffentlicher Gebete, die von den Oberrabbinern

von Jerusalem in Fällen allgemeiner Not oder wegen eines Todesfalls angeordnet werden, vorausgesetzt, daß eine solche Verfügung der Palästinaverwaltung ordnungsgemäß zur Kenntnis gebracht wurde.

b) Am Neujahrstag und am Versöhnungstag sowie an anderen Feiertagen, an denen nach Ansicht der Regierung herkömmlicherweiser der die Thorarollen enthaltende Schrein zur Mauer gebracht wird.

Außer den in den Artikeln dieses Verdikts angeführten Gegenständen dürfen keinerlei Kultgeräte bei der Klagemauer aufgestellt werden.

2. Einzelne Juden sollen nicht daran gehindert werden, Handbücher oder andere bei ihrer Andacht herkömmlicherweise im allgemeinen oder bei besonderen Gelegenheiten benutzte Gegenstände mitzubringen, oder die bei der Andacht althergebrachten Gewänder zu tragen.

3. Das zeitweilig erlassene Verbot, Bänke, Teppiche oder Matten, Stühle, Vorhänge und Wandschirme zur Mauer zu bringen, sowie Tiere zu bestimmten Stunden über den Platz vor der Klagemauer zu treiben, wird zu einem dauernden Verbot gemacht, ebenso die Vorschrift, das Tor am Südende der Mauer zu bestimmten Stunden geschlossen zu halten. Doch bleibt das Recht der Mohammedaner, in der üblichen Weise den Platz zu passieren, unangetastet.

4. Es wird verboten, irgendein Zelt oder einen Vorhang oder einen ähnlichen Gegenstand zur Mauer zum Zwecke der Aufstellung (sei es auch nur für kurze Zeit) zu bringen.

5. Den Juden wird es nicht erlaubt sein, das Ramshorn (Schofar) vor der Mauer zu blasen oder irgendeine vermeidbare Störung für die Moslems zu verursachen; anderseits wird es den Moslems nicht gestattet sein, die Zikr-Zeremonie in der Nähe des Platzes vor der Klagemauer während der Andacht der Juden zu vollziehen oder in irgendeiner anderen Art die Juden zu belästigen.

6. Die Palästinaverwaltung erhält das Recht, die ihr geeignet scheinenden Instruktionen bezüglich der Größe der Gegenstände, die die Juden zur Mauer mitbringen dürfen, bezüglich der oben erwähnten besonderen Tage und Stunden sowie bezüglich anderer für die genaue und vollständige Durchführung des vorliegenden Verdiktes der Kommission etwa notwendiger Einzelheiten zu erlassen.

7. Die Benutzung des Platzes vor der Mauer und seiner Umgebung zum Halten politischer Ansprachen und Vorträge, sowie zu Demonstrationen jeder Art, ist jedermann untersagt.

8. Es soll als im gemeinsamen Interesse von Mohammedanern und Juden gelegen betrachtet werden, daß die Westmauer nicht durch Inschriften, die in sie eingegraben oder an ihr angebracht werden, sowie durch Nägel oder andere Gegenstände, die in sie eingeschlagen werden, entstellt werde, und daß der Platz vor der Mauer reingehalten und von Mohammedanern und Juden in gleicher Weise respektiert werde; hiermit wird es als Recht und Pflicht der Mohammedaner erklärt, für die Reinhaltung des Platzes vor der Mauer und die Vornahme der notwendigen Reparaturen am Pflaster nach vorangegangener Anzeige bei der Palästinaverwaltung Sorge zu tragen.

9. Im Hinblick auf den Charakter der Mauer als historisches Denkmal wird die Palästinaverwaltung mit ihrer Erhaltung betraut. Die etwa notwendigen Wiederherstellungsarbeiten sollen von ihr und unter ihrer Aufsicht durchgeführt werden, allerdings erst nach Beratung mit dem Obersten Moslemitischen Rat und dem rabbinischen Rat für Palästina.

10. Wenn notwendige Reparaturen des Pflasters vor der Mauer von den Mohammedanern nicht rechtzeitig vorgenommen werden, hat die Palästinaverwaltung die notwendigen Vorkehrungen zur Durchführung der Arbeit zu treffen.

11. Die Oberrabbiner von Jerusalem sollen ersucht werden, einen oder mehrere Beamte als ihre bevollmächtigte Vertreter zu bestimmen, die die Instruktionen und andere von der Palästinaverwaltung von Zeit zu Zeit herausgegebenen Mitteilungen bezüglich der Westmauer, des gepflasterten Platzes vor ihr und der bezüglich der jüdischen Andachtsübungen an der Mauer zu beobachtenden Formalitäten entgegenzunehmen haben.

Die Judenheit Palästinas stimmt dem Spruch der Klagemauerkommission zu

Jerusalem, 9. Juni. (JTA.) Wie die jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, traten nach der Veröffentlichung des Berichtes der Klagemauerkommission die Exekutive der Jewish Agency, die Leitung der Agudas Jisrael und das Rabbinat zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. In der Sitzung wurde zunächst zm Ausdruck gebracht, daß die Vorschläge der Klagemauerkommission die jüdischen Ansprüche nicht ganz befriedigen und daß daher für die Juden kein Anlaß bestehe, sich über den Bericht der Klagemauerkommission zu freuen. Insbesondere stellt das Verbot, Thorarollen am Sabbat zur Klagemauer zu bringen, eine schwere Enttäuschung für die Juden dar. Des weiteren aber wurde festgestellt, daß ein Appell gegen das Verdikt der Klagemauerkommission nicht möglich sei. Von jüdischer Seite wird daher die Entscheidung der Klagemauerkommission akzeptiert.

Völkerbund und Palästinafragen

Zusammentritt der Mandatskommission. Jüdische Memoranden

Genf, 9. Juni. (JTA.) Die Mandatskommission des Völkerbundes hat am 9. Juni ihre diesjährige Tagung in Genf eröffnet. Wie die „Jta" erfährt, wird sie auf Grund ihrer Tagesordnung ungefähr am 15. Juni in die Beratung der mit dem Palästina-Mandat zusammenhängenden Fragen eintreten.

Wie alljährlich, wurde ihr ein Memorandum der Jewish Agency über die Aufbauarbeit in Palästina während des letzten Jahres überreicht.

Dieses Memorandum, das im allgemeinen rein sachlich die Fortschritte auf den einzelnen Gebieten verzeichnet und die Beeinflussung des Palästinaaufbaus durch politische Momente nur gelegentlich streift, war bereits am 30. April 1931 dem High Commissioner von Palästina mit einem Begleitschreiben Dr. Weizmanns übersandt worden, in dem die Stellung der Jewish Agency zu den politischen Fragen dargelegt wird. Im besonderen wird die Entsendung Dr. John Hope Simpsons lebhaft kritisiert und über ihre Ergebnisse seiner Untersuchung gesagt:

„Der Bericht Sir John Hope Simpsons hat gezeigt, daß unsere Befürchtungen vollkommen gerechtfertigt waren. Auf Grund von Ziffern, die, auch wenn sie früher offiziell anerkannten Ziffern widersprachen, ohne entsprechende Nachforschung und kritische Prüfung übernommen worden waren, wurden weitgehende Schlüsse gezogen. In der Tat beruhen einige der überra-

schendsten und wichtigsten Feststellungen Sir John Hope Simpsons, wie die bezüglich des Prozentsatzes der „landlosen“ Araber in Palästina oder der Kosten jüdisch-landwirtschaftlicher Kolonisation unglücklicherweise auf einer falschen Interpretation statischer Daten.

Über das Weißbuch der englischen Regierung und die nachfolgenden Verhandlungen finden sich folgende Sätze:

6. Gleichzeitig aber mit dem Bericht Sir John Hope Simpsons erschien die Erklärung über die Politik der Regierung, in der alle Angaben und die hauptsächlichsten Schlußfolgerungen des Berichtes übernommen waren und bezüglich der Kolonisation und Einwanderung zum Nachteil der jüdischen Arbeit in Palästina noch weitergehende Schlüsse gezogen wurden als im Bericht. Einige Vorschläge dieser Erklärung schienen uns eine ernste Verletzung der Bestimmungen des Mandats darzustellen und im Widerspruch zu seinen Grundsätzen zu stehen. Es war eine Situation entstanden, in der ich die Empfindung hatte, daß die Jewish Agency für Palästina nicht länger jene Kooperation mit der Mandatarmacht fortsetzen könne, die bis dahin die Basis unserer Politik gewesen war. Infolgedessen habe ich mich entschlossen, als Präsident der Jewish Agency und der Zionistischen Organisation zu demissionieren und den Zionistenkongreß sowie den Council der Jewish Agency einzuberufen, die entsprechende Maßnahmen treffen sollen. Gleichzeitig hat die Jewish Agency ihre Einwendungen gegen das Weißbuch in einem Memorandum niedergelegt, von dem eine Kopie beiliegt. (Leonhard Stein: Das Weißbuch über Palästina vom Oktober 1930.)

7. Im November 1930 lud die Regierung Sr. Majestät Vertreter der Jewish Agency ein, Besprechungen mit einem Subkomitee des Kabinetts über die im Zusammenhang mit dem Weißbuch aufgetauchten Fragen zu pflegen. In diesen Konferenzen, die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs für Äußeres abgehalten wurden, wurde uns Gelegenheit geboten, unseren Standpunkt vorzutragen. Unsere Sache fand vollständiges und loyales Gehör. Als Ergebnis der Beratungen und mit dem Ziele, falsche Auffassungen und Mißverständnisse, die bezüglich der Politik der Regierung Sr. Majestät entstanden waren, zu beseitigen, hat der Ministerpräsident am 13. Februar 1931 einen Brief an mich gerichtet, der am selben Tage im Hansard veröffentlicht wurde und als authentische Interpretation des Weißbuches vom Oktober bezüglich der in dem Briefe behandelten Gegenstände zu gelten hat.

Zum Schluß stellt Weizmann fest, daß die endgültige Entscheidung dem Kongreß und der Counciltagung vorbehalten bleibt.

Der Inhalt des Memorandums der Jewish Agency

In der Einleitung zum Memorandum der Jewish Agency wird darauf hingewiesen, daß das Jahr 1930 aus politischen und wirtschaftlichen Gründen keinesfalls als typisch angesehen werden könne. Die Entwicklung des Nationalheims im Verlaufe des Jahres 1930 wird sodann in neun Abschnitten über Bevölkerung und demographische Statistik, Einwanderung und Arbeitsmarkt, landwirtschaftliche Kolonisation, städtische Entwicklung, Industrie, öffentliches Gesundheitswesen, Erziehung und Unterricht, Organisation der jüdischen Gemeinschaft und Finanzen ausführlich dargestellt.

Das Memorandum des Waad Leumi

Der Waad Leumi hat als gesetzlich anerkannte Repräsentanz des Jischuw der heute zusammentretenden Permanenten Mandatskommission des Völkerbundes ein Memorandum überreicht, das die Verwaltungspraxis und die politische Einstellung der Palästina-Regierung einer scharfen Kritik unterzieht. In dem Memorandum wird an der Hand von Tatsachen nachdrücklich auf die Zurücksetzung der palästinensischen Judenheit bei der Arbeit der Palästinaverwaltung auf den Gebieten des Erziehungs- und des öffentlichen Gesundheitswesens, sowie auf den ungenügenden Schutz der jüdischen Siedlungen hingewiesen. Nach einer Besprechung des Simpson-Berichtes und des Weißbuches wird die Feststellung gemacht, daß der MacDonald-Brief vom Jischuw nicht als befriedigende Interpretation des Weißbuches betrachtet wird. Das Memorandum gipfelt in der Forderung nach freier jüdischer Einwanderung.

Neuwahl des Vorstandes der jüdischen Gemeinde Berlin

Sieben Liberale, drei Volksparteiler und ein Konservativer — Erklärungen gegen und für Kareski

Berlin, 12. Juni. (JTA.) Am Donnerstag, dem 11. Juni, abends, trat die neue Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin zu ihrer zweiten Sitzung zusammen, um die Wahl von elf Mitgliedern des Gemeindevorstandes vorzunehmen. Der Sitzung gingen interne fraktionelle Besprechungen voraus.

Die für 8 Uhr abends einberufene Sitzung wurde vom Präsidenten, R.-A. Heinrich Stern, um 10 Uhr abends eröffnet. Der Vorsitzende der Liberalen Fraktion, Dr. Kurt Fleischer, gab die Erklärung ab, daß seine Fraktion nach Prüfung der Haltung Herrn Kareskis in der Frage der Wahlproteste ihn nicht für geeignet hält, ein Vorsteheramt zu bekleiden und sich darum an seiner Wahl nicht beteiligen werde. Auch lehne die Fraktion die Verantwortung für eine Vorstandstätigkeit Kareskis ab.

Im Namen der Fraktion der Jüdischen Volkspartei gab nun Ministerialrat Hans Goslar eine Erklärung ab, die besagt:

Die Fraktion der Jüdischen Volkspartei nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Liberale Fraktion sich nicht in der Lage sieht, für Herrn Kareski zu stimmen. Sie hält grundsätzlich an dem Recht der Fraktion fest, ihre Kandidaten zu repräsentieren und zieht aus dieser Auffassung auch die Konsequenz, gegen einen ihr nicht geeignet erscheinenden Kandidaten der Liberalen Fraktion weder Erklärungen noch weiße Zettel abzugeben. Sie läßt sich in dieser Haltung auch nicht dadurch beirren, daß ihr Grund-Recht auf Präsentation von vier Herren, wie es dem Proporz entsprochen hätte, nicht anerkannt worden ist.

Bruno Woyda erhebt sich nun zu einer Erklärung, wobei er vom Vorsitzenden der Liberalen Fraktion, Dr. Kurt Fleischer, durch die Bemerkung unterbrochen wird, daß Herr Woyda im eigenen Namen, nicht im Namen der Liberalen Fraktion hier spricht. Herr Woyda teilt seinerseits mit, daß er, um sich in der Sache Kareski freie Hand zu behalten, aus der Liberalen Fraktion ausgetreten sei. Wohl, fährt er fort, haben die bisher abgegebenen zwei Erklärungen diplomatisches Feingefühl bekundet, aber die Wähler wollen eine klare Sprache hören. Er für seine Person halte es nicht für tragbar, daß Kareski dem Vorstande angehört.

Alfred Berger (Volksp.) teilt mit, daß seine Fraktion nicht die Absicht habe, auf die Ausführungen Woydas zu erwidern.

Die Liberalen Direktor Dr. Wilhelm Kleemann und Kammergerichtsrat Leo Wolff werden darauf einstimmig gewählt. Direktor Georg Kareski wird mit den Stimmen der volksparteilichen Repräsentanten gewählt, die Liberalen geben weiße Zettel ab. Die Wahl der weiteren Mitglieder des Vorstandes erfolgt mit mehr oder weniger Stimmeneinhelligkeit. Es sind dies die Herren Moritz Rosenthal (liberal, einstimmig), Direktor Heinrich Stahl (liberal, 34 Stimmen), Rechtsanwalt Max Kollenscher (Volksp., 29 St.), Karl Fuchs (liberal, 29 St.), Wilhelm Grätz (liberal, 30 St.), Dr. Aron Sandler (Volksp., 29 St.), Direktor Alexander (liberal, 33 St.), Herr Adolf Schoyer (kons., 32 St.). Der neue Gemeindevorstand setzt sich somit aus 7 Liberalen, 3 Volksparteilern und 1 Konservativen zusammen. Die feierliche Einführung der neugewählten Vorsteher fand in der Sitzung der Repräsentantenversammlung vom Sonntag, 14. Juni, statt.

Aus der jüdischen Welt

Friedhofsschändung in Altona

Hamburg, 12. Juni. (JTA.) Die Anlagen des Friedhofs Bismarckstraße der Altonaer Jüdischen Gemeinde sind beschädigt und ein Grabdenkmal vollkommen zertrümmert worden. Die Kriminalpolizei hat eine Bekanntmachung erlassen, in der sie unter Zusicherung strengster Verschwiegenheit um Mitteilungen, die zur Ergreifung der Täter führen können, bittet. Bisher fehlt von ihnen jede Spur.

Die Wahlen zum XVII. Zionistenkongreß

In Deutschland 3 Vertreter der Linken, 2 Allgemeine Zionisten, 2 Misrachi-Vertreter, 1 Revisionist, 1 Radikaler

Berlin, 11. Juni. (JTA.) Die Hauptwahlkommission hat am Mittwoch abend ihre Arbeiten beendet. Das offizielle Wahlresultat ist folgendes:

Auf Liste I (Allgemeine Zionisten) wurden 2321 Stimmen abgegeben. Dieser Liste wurden zwei Mandate zugeteilt. Es verbleiben ihr 433 Reststimmen, die ihr bei der Verteilung der Mandate auf die Weltwahlliste zugute kommen. Auf Liste II (Zionisten-Revisionisten) wurden 1189 Stimmen abgegeben, ihr wurde ein Mandat zugeteilt, die Zahl ihrer Reststimmen beträgt 245. Auf Liste III (Poale Zion, Hitachduth) wurden 2410 Stimmen abgegeben, sie erhält drei Mandate, hat aber keine Reststimmen. Auf Liste IV (Misrachi) wurden 2028 Stimmen abgegeben, sie erhält zwei Mandate, die Zahl ihrer Reststimmen beträgt 140. Auf Liste V (Radikale und Unabhängige Zionisten) wurden 546 Stimmen abgegeben, sie erhält ein Mandat, hat aber keine Reststimmen.

Einweihung des neuen Heims des Beth Am

Berlin, 12. Juni. (JTA.) Am Donnerstag, dem 11. Juni, abends, wurde das neue Heim des hebräischen Klubs Beth Am im Hause Kurfürstendamm 61 eingeweiht. Beth Am verfügt jetzt über eine Reihe sehr schöner, großer und zweckentsprechender Räume, die z. B. gleich am Eröffnungsabend mehrere hundert Festgäste aufnehmen konnten. Die Eröffnungsrede hielt Dr. Simon Rawidowitsch, der an die Anwesenden appellierte, den Beth Am materiell und moralisch zu fördern. Dem bekannten hebräischen Gelehrten und Schriftsteller Dr. Simon Bernfeld bereitete die Festversammlung eine begeisterte Ovation. Den Ansprachen schloß sich ein literarisch-musikalischer Teil an, in welchem Frl. Wittenberg und Frau Torczyner besonders hervortraten.

Dr. Kurt Fleischer 50 Jahre

Berlin, 11. Juni. (JTA.) Dr. Kurt Fleischer, der bekannte Chirurg und Frauenarzt, Vorsitzender der liberalen Fraktion in der Repräsentantenversammlung der Jüdischen Gemeinde Berlin, vollendet am 19. Juni d. J. sein fünfzigstes Lebensjahr. In der jüdischen Gemeindearbeit ist er vielseitig ehrenamtlich tätig. Im Wohlfahrts- und Jugendamt, im Vorstand des Jüdischen Krankenhauses, im Schulvorstand der Gemeinde und im Vorstande der Synagoge Prinzregentenstraße wirkt er an führender Stelle.

Einweihung des neuen Gebäudes der Würzburger Israelitischen Lehrerbildungsanstalt

Würzburg, 15. Juni. (JTA.) Der neue Schulbau der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt in Würzburg wurde am 14. Juni mit einem Festakt eingeweiht. Zur Feier hatten sich in großer Zahl Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, der Würzburger und anderer Kultusgemeinden, das Präsidium des Verbandes bayerischer Gemeinden, Vertreter der preußischen und württembergischen Landesverbände jüdischer Gemeinden, die Direktoren der Würzburger höheren Schulen und viele auswärtige Gäste eingefunden. Studiendirektor Stoll schilderte in seiner Begrüßungsansprache die wechselvolle Geschichte der Anstalt.

Bezirksrabbiner Dr. Hannover hielt die Weiherede, in der er besonders dem Leiter der Schule, Studiendirektor Stoll, Dank für sein Wirken sagte. Es folgte eine Begrüßungsansprache vom Präsidenten des Bayerischen Gemeindeverbandes, Oberstlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer (München). Als Vertreter der Regierung sprach Oberregierungsrat Blaß, namens der Stadt und des Oberbürgermeisters Oberbaurat Stummer, für die Würzburger Gemeinde Justizrat Dr. Haas, als Vertreter der bayerischen Rabbinerkonferenz Rabbiner Dr. Stein (Schweinfurt), für die Lazarus-Ottensoser-Stiftung Höchberg sprach Samuel Pfeuffer (Würzburg), für die höheren Lehranstalten Studiendirektor Dr. Abb, für die außerbayerischen Landesverbände Justizrat Marxheimer (Wiesbaden), für den Reichsverband der jüdischen Lehrervereine Dr. Bamberger (Nürnberg), für die jüdischen Lehrervereine Bayerns Rosenfeld (München) und schließlich ein Vertreter der jetzigen Schülerschaft. Es schloß sich eine Führung an. Die Feier war von musikalischen Darbietungen umrahmt.

Schwerste antisemitische Ausschreitungen in Radom

Warschau, 15. Juni. (JTA.) Auf dem Sportplatz außerhalb der Stadt Radom fand ein Fußballmatch zwischen einer polnischen und einer jüdischen Mannschaft statt, in dem die Juden den Sieg davontrugen. In dem Augenblick, als der Sieg der jüdischen Mannschaft verkündet wurde, stürzten sich von den Zuschauerplätzen Huligans auf die jüdischen Sportler und griffen sie an. Gleichzeitig überfielen andere Huligans jüdische Zuschauer auf den Zuschauerplätzen. Es entstand ein ungeheurer Wirrwarr. Die jüdischen Sportler und die übrige jüdische Jugend setzten den Huligans organisierten Widerstand entgegen. Diese ergriffen die Flucht in der Richtung der Stadt. Dort drangen sie in die hauptsächlich von Juden bewohnten Stadtteile ein und schlugen auf Männer, Frauen und Kinder mit Stöcken und Eisenstäben ein. Es brach eine furchtbare Panik aus. Die jüdischen Einwohner flüchteten in die Häuser. Die Huligans begannen mit Stöcken und Steinen die Fensterscheiben in den Wohnungen und Geschäftsläden einzuwerfen. Jüdische Läden wurden demoliert. Das Büro der Zionistischen Organisation und das jüdische Gymnasium waren besondere Ziele der Zer-

störungswut des Mobs. Gegen Mitternacht brachen die Huligans wieder in das Stadtviertel ein und der Terror begann von neuem. Die Polizei von Radom, die sich während des Tages als zu schwach erwies, um dem Wüten Einhalt zu tun und die nur einige wenige Exzedenten verhaften konnte, wurde jetzt überwältigt und entwaffnet, worauf die verhafteten Huligans gewaltsam befreit wurden. Auch der Polizeikommandant wurde entwaffnet. Bis drei Uhr morgens dauerten die Ausschreitungen an. Erst als berittene Polizei von auswärts eintraf, kehrte Ruhe ein.

Zwölf jüdische Parlamentarier in Rumänien

Bukarest, 11. Juni. (JTA.) Bei den Wahlen in die Kammer und den Senat wurden insgesamt elf jüdische Kandidaten gewählt und zwar sechs Senatoren (Max Ausschnitt, Wilhelm Dinermann, Dr. Asra Berkowitz, Jancu Finkelstein, Isaac Benvenisti, M. Rivensohn) und fünf Kammerdeputierte, die Abgeordneten der Jüdischen Nationalpartei Dr. Mayer Ebner, Dr. Theodor Fischer, Dr. Josef Fischer und Dr. Max Diamant und der auf der Liste der Magyarischen Partei gewählte Deputierte Nandor Hegedüs. Als zwölfter jüdischer Parlamentarier kommt Oberrabbiner Dr. I. Niemirower, der als Vertreter des jüdischen Kultus dem Senat angehört, hinzu. Ihrem prozentuellen Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend müßten die Juden in Rumänien in beiden Häusern durch dreißig Parlamentarier vertreten sein. In rumänisch-jüdischen Kreisen wird mit Bedauern festgestellt, daß die jüdische Vertretung in der Kammer, die größere Machtbefugnis hat als der Senat, schwächer ist als in diesem.

Vorläufige Einstellung der Sonnabend-Fußballspiele in Palästina

Jerusalem, 15. Juni. (JTA.) Der jüdische Sportverband Makkabi wird auf Ersuchen des Waad Leumi die Fußballwettspiele an Sabbathtagen zunächst für die Dauer von vierzehn Tagen einstellen. Der Waad Leumi hat versprochen, während dieser Zeit zu versuchen, eine Lösung des Problems zu finden.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Der jungzionistische Arbeitskreis München veranstaltet am 24. Juni abends 8 Uhr im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1, einen Aussprache-abend über: „Jüdische Kultur in Deutschland", der insofern insbesonders interessant zu werden verspricht als freundlicherweise ein Nichtzionist, Herr Heinrich Lamen, das Referat übernommen hat. In der Debatte werden selbstverständlich auch zionistische Anschauungen vertreten werden.

Wochenprogramm der V. J. St. „Jordania"

Samstag, den 20. Juni, 14 Uhr ct., Treffpunkt Hofgartentor. Anschließend Fuchsenkurs off.
Sonntag, den 21. Juni, Ausflug.
Dienstag, den 23. Juni. 20.30 Uhr A. C. off.
Donnerstag, den 25. Juni. 20.30 Uhr Burschenkurs off.

Hebräische Sprachkurse München. Der Unterricht in sämtlichen Kursen findet wieder regelmäßig nach dem bekannten Stundenplan statt. Der Liederabend findet jeden Montag abend 8.45 Uhr im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1 statt. Interessenten sind herzlichst eingeladen.

Die Münchner Gruppe der Zion.-Revisionisten. Vor dem Zusammentritt des Kongresses und den Sommerferien findet noch eine letzte Sitzung unserer Gruppe mit wichtiger Besprechung am Montag, dem 22. Juni, abends 8.30 Uhr, Herzog-Rudolf-Straße 1 (Jugendheim) statt. Alle Mitglieder werden gebeten, bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Interessenten sind willkommen; Neuanmeldungen werden dortselbst entgegengenommen.

Jüdischer Gesangverein E. V. Dienstag, den 23. Juni, abends 8 Uhr, zwangloses Beisammensein mit Tanz in der „Reitschule", Königinstraße 34. Gäste willkommen. Eintritt frei. Nächste Probe: Dienstag, 1. September 1931.

Bar Kochba. Damen-, Mädchen-, Kinderabteilung: Alle aktiven Mitglieder werden aufgefordert, regelmäßig und pünktlich zum Turnen zu kommen. Bei schönem Wetter wird im Freien geturnt.

Die Kinderabteilung turnt jeden Mittwoch nachmittag von 3—4 Uhr im Turnsaal der Jüdischen Volksschule; die Mädchen-Abteilung turnt Montag von 6—7 Uhr; die Damen-Abteilung I von 7 bis 8 Uhr; die Damen-Abteilung II von 8—9 Uhr in der Volksschule an der Luisenschule.

Gesamtausschuß der Ostjuden München. Familie Saposchnik gratuliert Herrn Max Fleischer zum 60. Geburtstag und Familie Schapira zur Verlobung ihrer Tochter. RM. 2.—.

Der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert seinem langjährigen Vorstandsmitglied Herrn Max Fleischer zum 60. Geburtstag.

Verein Bes Jakob gratuliert seinem 1. Vorstandsmitglied Max Fleischer zum 60. Geburtstag. M. 2.—.

Familie Gidalewitz gratuliert Herrn und Frau Dr. Ettinger zur Barmizwah ihres Sohnes und Herrn und Frau B. Goldberg zu ihrem Enkel. M. 2.—.

Der **Verein Talmud Thora** gratuliert herzlich Herrn Fleischer zu seinem 60. Geburtstage.

Makabim aus Erez Jisrael in Nürnberg

Auf ihrer Propagandafahrt für die Olympiade-Makabiade trafen am 2. Juni 12 Makabim aus Palästina auf 6 Motorrädern und mit einem Auto zu kurzem Aufenthalt auf ihrer Fahrt nach London hier ein. Für sie veranstalteten die zionistischen Jugendbünde zusammen mit dem neutralen Jugendbund und dem Bar Kochba einen schlichten Empfang in der Turnhalle des Bar Kochba. Hier begrüßte neben Herrn R.-A. Dr. Vorchheimer als Vorsitzender des Bar Kochba, der Vertreter der Gemeinde und der Zionistischen Ortsgruppe Herr R.-A. Feilchenfeld die Gäste, zu deren Empfang in der Turnhalle des Männerturnvereins neben den zu ihrem Turnabend erschienenen Bar Kochbanern eine große Zahl von Zionisten und Freunden der Makabisache gekommen waren. Nach dem noch die Herren Schapira und Wißmann in hebräischer Sprache der Freude der hiesigen Zionisten über den Besuch Ausdruck gegeben hatten, antwortete der Führer der Makabim, Herr Jekutieli ebenfalls in hebräischer Sprache auf die einzelnen Begrüßungsreden und dankte für den Empfang. In dem er auf die Ausführungen von Herrn Dr. Vorchheimer einging, der die Neutralität seines Vereins betonen zu müssen glaubte, führte Herr Jekutieli noch etwa aus: ihm als Mitglied des palästinensischen Makabi sei es nicht recht verständlich, wie man sich als jüdischer Sportler organisieren könne und dabei den eigentlichen selbstverständlichen Zusammenhang mit der alljüdischen Sport-

bewegung und mit der Weltjudenheit überhaupt in dieser Weise negieren könne, wie er dies vom hiesigen Bar Kochba nach den Worten seines Vorsitzenden annehmen müsse. Er hoffe und wünsche, daß auch die hiesigen Bar Kochbaleute, wenn sie als Teilnehmer an der Makabiade nach Erz Jisrel kommen, durch die Macht der Tatsachen eines Besseren belehrt, als Volljuden und nicht als Halbe- und Vierteljuden zurückkehren und ihren Verein entsprechend belehren werden.

Die Neutralität des Bar Kochba gegenüber seinen jüdischen Sportgenossen aus Palästina war in der Tat mehr als zuweit getrieben. Den Ruhmesblättern, die sich dieser Verein bei früheren Gelegenheiten, wie etwa dem geplanten Vortragsabend von Dr. Ernst Simon oder beim Empfang des Berliner Makabi und des Bar Kochbha Köln erworben hat, hat er ein neues hinzugefügt. Er hat es der Initiative der Zionistischen Ortsgruppe überlassen, den Empfang der Gäste zu organisieren, wie auch für das sonstige persönliche Wohl der Gäste nach jeder Richtung hin zu sorgen. Auch hier stand das Interesse der nichtjüdischen Öffentlichkeit wieder in wohltuenden Gegensatz zur „Neutralität" des Bar Kochba; in fast allen Nürnberger Zeitungen waren mehr oder weniger ausführliche durchaus sympatisch gehaltene Artikel über die Ankunft der Makabim enthalten. Daß es der Vorstand des Bar Kochba den Gästen gegenüber auch an persönlicher Anteilnahme durchaus fehlen ließ, sei nur am Rande bemerkt.

Personalia

Dem verstorbenen Jakob Blum. Jakob Blum ist tot. Er war ein überaus liebevoller Sohn und zärtlicher Gatte. Alle, die mit ihm in Berührung kamen, können ein beredtes Zeugnis ablegen von seiner grenzenlosen Güte. Für jedes Leid hatte er eine spendende Hand. Vielen Menschen stand er tatkräftig zur Seite, allen Menschen galt seine aufrichtige Liebe. Seine weiche, zarte Seele empfand jeden Schmerz, selbst ihm Fernstehender; seine hingebungsvolle Anteilnahme war erhebend und bewunderungswürdig. Schmerzerfüllt und tief erschüttert stehen wir vor dem grausamen Geschick, das uns diesen 32jährigen, wahrhaft edlen, braven und prächtigen Menschen so jäh und unerwartet entriß. In unseren Herzen hat er für sich ein ewiges Denkmal errichtet. Dr. Milo Horn.

Spenden-Ausweis

Herzl-Aktion des Keren Kajemeth-Lejisrael. Aus Anlaß des Todestages von Theodoor Herzl, der sich am 5. Juli ds. J. zum 27. Male jährt, veranstaltet der Keren Kajemeth eine Baumspendenaktion. Jeder Zionist sollte sich daran beteiligen und an der Vergrößerung des Nationaldenkmals mitarbeiten, das die zionistische Bewegung Theodor Herzl in Palästina gesetzt hat.

Münchner Spendenausweis Nr. 32 vom 9. bis 16. Juni 1931

Goldenes Buch Max Ettinger: Herr und Frau Dr. Ettinger danken allen Freunden und Bekannten für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anl. der Bar Mizwah ihres Sohnes Max 2.—.

Spendenbuch: Herr und Frau Herm. Loewenthal anl. der Verlobung ihrer Tochter Margot 10.—.

Goldenes Buch Bar Kochba: Die Damen- und Mädchenabteilung des Bar Kochba spenden anl. des Sieges beim Grünwald-München Lauf am 7. Juni 9.—. Die Knaben Fußball Abteilung desgleichen 3.— = 12.—.

Büchsen: Geleert durch Rahel Behrens: N. N. 21.35, S. Schmickler 1.02, H. Kahn 1.—, N. N. 2.48, Dr. S. Koschland 3.—, Max Ries 2.— = 30.85.

Einzelne Büchsen: Dr. Isaak Straus 16.—, Manfred Sturmann 2.49, S. Kaufmann —.50 = 18.49. Insgesamt 49.84.

Material: Fröhlich 2.—, N.-F.-Telegramme 2.—, Davidson 1 Vogelschaukarte —.75 = 2.75.

Imi-Taschen: Manfred Sturmann 1.04. Summe M. 77.63.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930 M. 4 869.34.

Spendenausweis des Nürnberger Büros vom 12. Juni 1931

Spendenbuch: Herr und Frau Neumann-Grünwald anl. ihrer Vermählung 20.—, Herr und Frau Louis Gutmann anl. der Konfirmation ihrer Tochter 10.—, Herr und Frau Dr. Th. Katz anl. der Konfirmation ihrer Tochter 10.—, Frau Emilie Ullmann anl. ihres 75. Geburtstages 10.—, Herr und Frau Dr. Reichsthaler anl. des 75. Geburtstages ihrer Mutter 5.—, Herr und Frau Dr. Karpf anl. ihres Einzugs 5.—, Herr Dr. Leo Feuchtwanger anl. der Vermählung seiner Schwester 3.—, durch Fritz Birnbaum (Fürth): Familie Kom.-Rat Phil. Tuchmann (Fürth) anl. der Einsegnung ihrer Tochter 10.—.

Allgemeine Spenden: Durch Sabine Steiner 6.42.

Bäume für Rosl Löb s. A. Garten: Frau Selma Goldschmidt zum Geburtstag von Frau Rosl Löb s. A. 3 Bäume = 18.—.

Bäume für Rahel Steinhardt Garten: Frau Sontheimer 1 Baum = 6.—.

Bäume für Dr. Ludwig Meinrath Garten (Konstanz): Frau Dr. Bing anl. eines Wiedersehens 1 Baum = 6.—.

Bäume für Herzl Wald: R.-A. Feilchenfeld und Frau gratulieren Herrn und Frau Dr. Löwenthal herzlich zur Vermählung, ½ Baum = 3.—.

Wertzeichen: 67 Telegrammformulare 33.50.

Statistische Bilderbücher Dr. Löb, Dr. Bamberger, Simon Bein, R.-A. Feilchenfeld, Dr. Geßner, Siegfried Kahn, Josef Kraus, Dr. Löwenthal, Dr. Nußbaum, Dr. Strauß-Reich, Oskar Rosenfelder = insgesamt 11 Exemplare 10.50

1 Vogelschaukarte Claire Königshöfer —.75.

Imi Tasche: Frau Hillmann 2.—.

Büchsen: Ida Dormitzer 5.50, Elkan 5.—, Dr. Stefan Löwengart 6.11, an der Wahlurne aufgestellt: 8.—, Lecker 2.70, 4 Büchsen unter 2.50 = 7.51, insgesamt 34.82.

Aus Fürth durch Siegfried Gutmann und Hermann Lischner: N. Frankfurter 7.—, Schloßberger 6.75, Jak. Blücher 3.55, I. Fisch 3.50, Kusmirek 3.30, Braude, Mendelssohn je 3.10, Dr. Walther 3.—, Max Blücher 2.15, Brom, Berditschewski je 2.—, Melamed 1.50, Mandel, Max Neumann je 1.—, Braun —.97, Karl Perlmutter —.80 Singer —.60, M. Rawicz —.50 = 45.82. Summe M. 245.81.

Seit 1. Oktober 1931 aufgebracht M. 4 651.78.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.